

Herr Schaarschmidt fragt an, wie sich das vom Bundeskabinett beschlossene Schulbedarfspaket von je 100,-- € für Kinder der Empfänger von Arbeitslosengeld II oder von sozialer Grundsicherung und das zum 01.10.2008 rückwirkend erhöhte Wohngeld auf den städtischen Haushalt auswirken.

Herr Oberbürgermeister Unterlehberg schlägt vor, dass der Fachdienst Soziales diese Frage im Rahmen der Beantwortung der Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/die Grünen in der Ratsversammlung vom 30.09.2008 zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen für die Jahre 2009 und 2010 erledigt.